

Antrag der Fraktion der CDU**Konzept gegen rechtswidrig ausgesetzte Regelprüfungen der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht (WoBeA)**

Die Antworten auf die Kleine Anfrage, Drucksache 20/152, der Fraktion der CDU zur Arbeitsfähigkeit der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht offenbaren erhebliche Missstände bei der Gewährleistung der gesetzlichen Regelprüfungen. Im Jahr 2019 wurden lediglich zwei Einrichtungen überprüft; 190 Überprüfungen hätten durchgeführt werden müssen. 47 Einrichtungen der Altenpflege, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder für Suchtkranke oder psychisch Erkrankte wurden länger als zwei Jahre nicht kontrolliert. Zugenommen haben dagegen die anlassbezogenen Prüfungen aufgrund von Hinweisen oder Beschwerden. 220 dieser Kontrollen wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wohn- und Betreuungsaufsicht bis zum 31. Oktober 2019 durchgeführt. Entgegen vorheriger Zusagen der Sozialsenatorin in einer Pressemitteilung vom 25. September 2018, die Mitarbeiterzahl und damit auch die Stundenkontingente von 8,55 vollen Stellen auf 10,55 aufzustocken und die Heimaufsicht dadurch um 17,5 Prozent zu stärken, wird nunmehr darüber informiert, dass beide Größen rückläufig sind und im November 2019 lediglich elf Beschäftigte mit 8,49 Vollzeitstellen die Aufsicht leisten. Zudem wird auf eine sinkende Kooperationsbereitschaft der Träger von Pflegeeinrichtungen verwiesen, auf juristische Auseinandersetzungen und über Nichteinhaltung von durch die WoBeA verhängten Belegungsstopps. Angesichts dieser unhaltbaren Zustände, ist die Frage aufzuwerfen, inwieweit das Land Bremen überhaupt über eine funktionierende Heimaufsicht verfügt und insbesondere älteren Menschen hier von Seiten der Politik und Verwaltung die verpflichtende Fürsorge entzogen wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich ein Konzept vorzulegen, in welchem durch geeignete Maßnahmen dargestellt wird, wie der rechtswidrige Zustand fehlender Regelprüfungen abgestellt werden soll. Hierzu sind strukturelle wie personelle Sofortmaßnahmen darzustellen.

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU